

S a t z u n g  
der Stadt Warstein  
über den Anschluss und die Benutzung der Fernwärmeversorgung  
vom 06.07.2001  
(Fernwärmesatzung)  
zuletzt geändert durch Satzung vom 19.12.2025

Aufgrund der §§ 7, 8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der zurzeit geltenden Fassung hat der Rat der Stadt Warstein in seiner Sitzung am 02.07.2001 folgende Satzung über den Anschluss von Grundstücken an die Fernwärmeversorgung - Fernwärmesatzung - beschlossen:

§ 1  
Allgemeines

- (1) Das Bebauungsplan-Gebiet „Am Gutshof Suttrop“ wird bis zum 31.12.2027 mit Fernwärme versorgt. Nach dem 31.12.2027 wird die Nahwärmeversorgung im Geltungsbereich eingestellt. Der genaue räumliche Geltungsbereich ergibt sich aus dem als Anlage beigefügten Übersichtsplan zum Bebauungsplan "Am Gutshof", der Bestandteil der Satzung ist.
- (2) Die Versorgung mit Fernwärme führt zur Einschränkung der Immissionen aus Feuerungsanlagen und dient der Reinhaltung der Luft und entspricht dem öffentlichen Bedürfnis des § 9 GO NW.
- (3) Die Fernwärmeversorgung liefert Wärmeenergie zur Raumheizung und zur Brauchwassererwärmung.
- (4) Die nach dieser Satzung für Grundstückseigentümer verbindlichen Vorschriften gelten analog für Erbbauberechtigte und Wohnungseigentümer (Gesamtverpflichtete).
- (5) Als Grundstück im Sinne dieser Satzung ist ohne Rücksicht auf die Grundbuchbezeichnung jeder zusammenhängende Grundbesitz anzusehen, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet.

§ 2  
Fernwärmeversorgung

- (1) Zur Durchführung der Fernwärmeversorgung beauftragt die Stadt ein leistungsfähiges Versorgungsunternehmen, das öffentlich bekannt gemacht wird.
- (2) Art und Umfang der Fernwärmeversorgungsanlagen, den Zeitpunkt ihrer Herstellung, Erweiterung und Erneuerung sowie die Art des Wärmeträgers bestimmt die Stadt im Einvernehmen mit dem beauftragten Versorgungsunternehmen im Rahmen der rechtlichen Vorgaben. Dabei ist sicherzustellen, dass die Versorgung so rechtzeitig und umfassend erfolgt, dass dem Anschluss- und Benutzungszwang (§ 4) Rechnung getragen werden kann; andernfalls gilt § 5.

§ 3  
Anschluss- und Benutzungsrecht

- (1) Jeder Eigentümer eines im Geltungsbereich dieser Satzung liegenden Grundstücks ist berechtigt, den Anschluss seines Grundstücks an das Fernwärmeversorgungsnetz zu verlangen, längstens jedoch bis zum 31.12.2027.
- (2) Nach dem betriebsfertigen Anschluss des Grundstücks an das Fernwärmeversorgungsnetz hat der Grundstückseigentümer das Recht, die bereitgestellten Wärmemengen aus den Versorgungsanlagen zu entnehmen.

§ 4  
(aufgehoben)

§ 5  
(aufgehoben)

§ 6  
Begrenzung des Anschlussrechtes

- (1) Das in § 3 geregelte Anschlussrecht erstreckt sich nur auf solche Grundstücke, die in den in § 1 Abs. 1 bezeichneten Gebieten liegen und an die Fernwärmeleitung angeschlossen werden können.
- (2) Bei anderen Grundstücken, die außerhalb des Versorgungsgebietes liegen, kann die Stadt auf Antrag den Anschluss zulassen. Die Herstellung neuer oder die Erweiterung oder Änderung bestehender Fernwärmeversorgungsanlagen kann nicht verlangt werden.
- (3) Wenn der Anschluss aus sonstigen technischen oder betrieblichen Gründen erhebliche Schwierigkeiten bereitet oder besondere Maßnahmen oder Aufwendungen erfordert, kann die Stadt den Anschluss versagen. Dies gilt jedoch nicht, wenn der Anschlussantragsteller sich bereit erklärt, zusätzlich die entstehenden Mehraufwendungen und Kosten für den Bau und Betrieb zu tragen.

§ 7  
Antrag und Bedingungen zum Anschluss  
an das Fernwärmeversorgungsnetz

Der Antrag zum Anschluss an das Fernwärmeversorgungsnetz ist vom Grundstückseigentümer bei dem von der Stadt beauftragten Versorgungsunternehmen frühzeitig vor Bezug zu stellen. Die gegenseitigen Rechte und Pflichten aus der Fernwärmeversorgung werden privatrechtlich auf vertraglicher Grundlage geregelt. Er enthält die technischen Bedingungen für den Anschluss an das Fernwärmeversorgungsnetz (technische Anschlussbedingungen), die Modalitäten der Wärmelieferung sowie das Entgelt, das für den Anschluss und die Benutzung zu entrichten ist.

§ 8  
Auskunftspflicht, Betretungsrecht

- (1) Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, der Stadt alle zur Durchführung dieser Satzung erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
- (2) Die Bediensteten und die mit Berechtigungsausweis versehenen Beauftragten der Stadt sind berechtigt, die angeschlossenen Grundstücke zu betreten, soweit dies zum Zweck der Erfüllung

oder zum Vollzug dieser Satzung erforderlich ist.

Die Beauftragten haben sich auf Verlangen durch einen von der Stadt ausgestellten Dienstaussweis auszuweisen.

- (3) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten haben das Betreten von Grundstücken und Räumen zu dulden und ungehindert Zutritt zu allen Anlageteilen auf den angeschlossenen Grundstücken zu gewähren.
- (4) Die Grundrechte der Verpflichteten sind zu beachten.

## § 9 (aufgehoben)

## § 10 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit dem Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

### **Bekanntmachungsanordnung:**

Die vorstehende Fernwärmesatzung der Stadt Warstein wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen gegen diese Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn

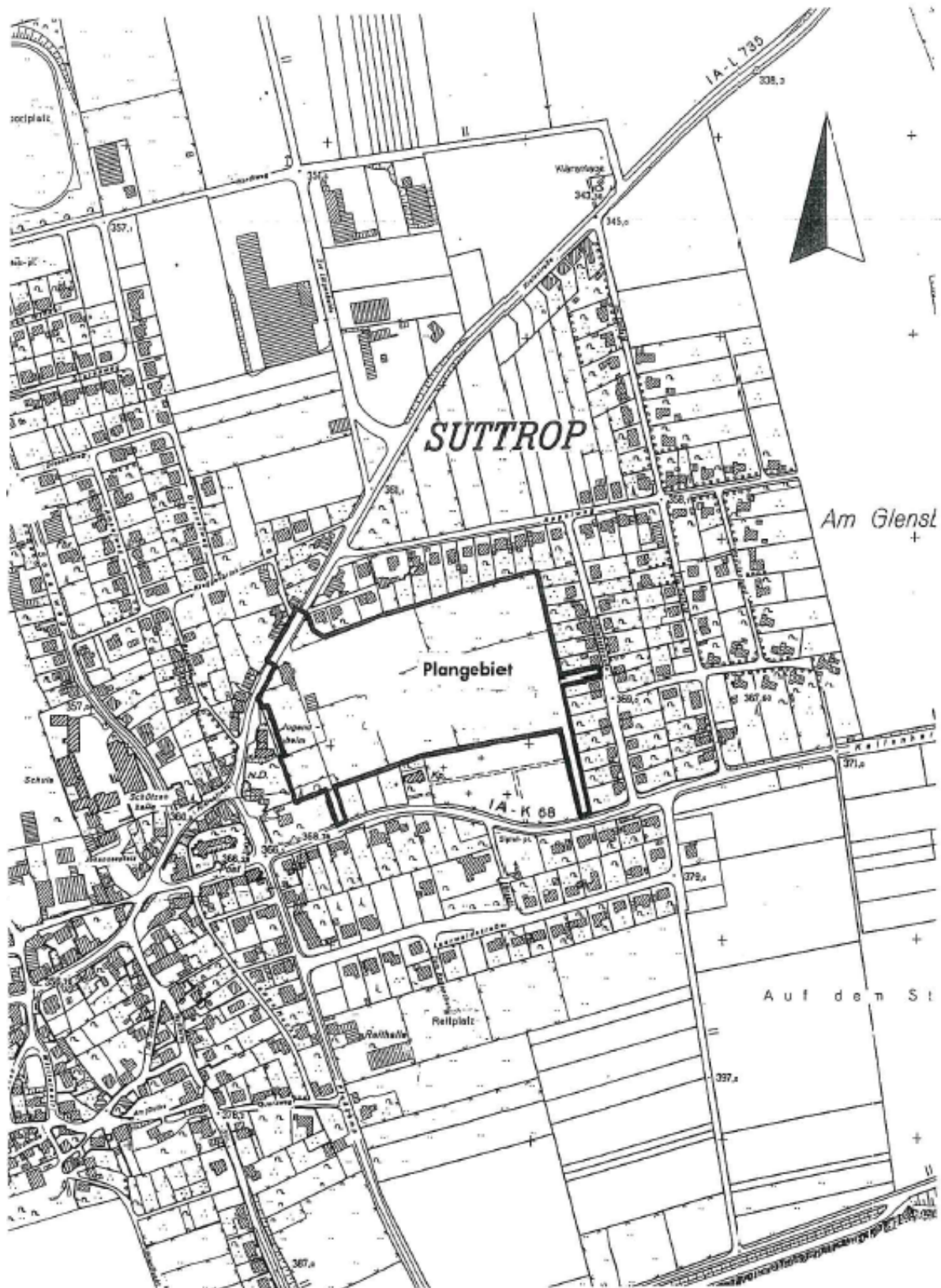
- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Warstein vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Warstein, den 06.07.2001

Der Bürgermeister

Gez. Juraschka

Anlage: Übersichtsplan Bebauungsplan "Am Gutshof"



Stadt Warstein - Ortschaft Suttrop

Übersichtsplan zum Bebauungsplan "Am Gutshof"